



## Politik

### Außenministerium ruft INTERPOL zur Einbeziehung von Taiwan auf

Das Außenministerium in Taipeh kritisierte am 9. Dezember die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (INTERPOL) dafür, ihre Aufgabe und Mission zu gefährden, indem Taiwan aus politischen Gründen ausgeschlossen werde.

Vom 23. bis 27. November fand die 93. Konferenz der Interpol-Vollversammlung unter dem Motto „Sicherheit durch Einigkeit“ in Marrakesch statt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs habe der Friedensvertrag von San Francisco, der die friedlichen Beziehungen zu Japan wiederhergestellt hatte, Peking keine Souveränität über Taiwan zugewiesen, bekräftigte das Ministerium. Und weiter hieß es aus Taipeh, dass China Taiwan - ein souveränes und unabhängiges Land - niemals beherrscht habe.

Laut dem Außenministerium nehme die offene Unterstützung für Taiwans bedeutungsvolle Beteiligung in Interpol und anderen internationalen Organisationen zu. So hätten sich Vertreter des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS), aus Irland, Schweden, Großbritannien sowie die Außenministerinnen und Außenminister der G7-Länder sowie die von Japan, Südkorea und den USA zum Thema geäußert.

Entsprechend bekundeten auch gesetzgeberische Institutionen diverser Länder ihre starke Unterstützung. In den USA schlug eine überparteiliche Gruppe von fünf Kongressabgeordneten das Gesetz über die Befürwortung und Einbeziehung von Taiwan in Interpol vor, das die Aufforderung an den US-Außenminister enthält, eine Strategie zu entwerfen, die Taiwans Aufnahme in das Gremium voranbringen soll.

Zudem hatten sich die Parlamente von Brasilien, Großbritannien, Irland, Israel, Italien, Schweden, Südkorea und Tschechien für Taiwans Einbindung in Interpol ausgesprochen, indem sie Resolutionen verabschiedeten oder Briefe verschickten.

### Sonderverteidigungshaushalt: Präsident ruft Opposition zu Pragmatismus auf



Taiwans Präsident Lai Ching-te rief die

Opposition dazu auf, das vorgeschlagene Sonderverteidigungsbudget in Höhe von 40 Mrd. US-Dollar pragmatisch zu behandeln.

Taiwans Oppositionsparteien hatten erneut verhindert, dass das Sonderbudget auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt wurde.

Angesichts der Bedrohung Chinas müsse die taiwanische Regierung nicht nur die Sicherheit Taiwans schützen, sondern habe auch die Verantwortung, die Stabilität der Region zu bewahren, so Lai.

Der Präsident sagte, interner Wettbewerb sei in einem demokratischen Land schwer zu verhindern. Gegenüber einer Bedrohung von außen müsse man allerdings zusammenhalten. Alle sollten gemerkt haben, dass China nicht nur Taiwan bedroht, sondern auch Druck auf benachbarte Länder ausübt. Benachbarte Länder würden nach und nach ebenfalls ihre Verteidigungskapazität erhöhen und regionale Kooperationen vorantreiben.

Unter diesen Umständen müsse Taiwans Regierung ihre Verteidigungskapazität stärken und das Verteidigungsbudget erhöhen.

Er hoffte, die Opposition und das Parlament könnten den Sonderhaushalt rational und pragmatisch angehen und ihn nicht im Verfahrensausschuss blockieren.

Der Präsident fügte hinzu, die Regierung erhoffe sich, dass der Sonderhaushalt im Ausschuss geprüft werde.

Die Gesellschaft könne so die Umstände der Prüfung nachvollziehen und gemeinsam unterstützen. Falls es etwas zu streichen oder anzupassen gebe, könne dies ebenfalls der öffentlichen Meinung entsprechend getan werden.

### 4. Berlin Taiwan Konferenz der Deutsch-Taiwanischen Dialogplattform



Auf der 4. Berlin Taiwan Konferenz (BTK) unter dem Motto „Braving the Tempest“ trafen sich am 4. und 5. Dezember 180 Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Kultur aus 15 Ländern in Berlin, um über Deutschlands Taiwan-Politik, Energie, Sicherheit Hightech und Außenhandel zu diskutieren.

In seiner Begrüßungsrede betonte Botschafter Dr. Clement Gu die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Taiwan in den Bereichen Demokratie, Technologie und Sicherheit. Zudem bekräftigte er Taiwans entscheidende Rolle bei Halbleitern, KI-Serven und globalen Lieferketten.

Der Ko-Vorsitzende der Deutsch-Taiwanischen Dialogplattform (DTDP), Reinhard Bütkofer, hob das wachsende deutsche Interesse an Taiwan hervor. Er warnte, dass die Sicherheit in der Taiwanstraße nicht mehr nur ein regionales Thema sei, sondern ein zentrales globales Anliegen: „Wenn Taiwan betroffen ist, ist die ganze Welt betroffen.“

Judit Herczegfalvi, Leiterin des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments (EP) in Deutschland, unterstrich das zunehmende europäische Engagement in Taiwan.

Die BTK zielt darauf ab, den Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu stärken.

## In eigener Sache

### Gegendarstellung zu Äußerungen von Chinas Außenminister beim Besuch des deutschen Außenministers

Taiwan begrüßt die Äußerungen des deutschen Außenministers Dr. Johann Wadephul anlässlich seines China-Besuchs und ist dankbar dafür, dass er bei der Pressekonferenz am 8. Dezember in Peking erneut die Charta der Vereinten Nationen sowie die Bedeutung der Wahrung des Status quo, des Friedens und der Stabilität in der Taiwanstraße betont hat.

Eine Pressemitteilung des chinesischen Außenministeriums erwähnte jedoch, dass der chinesische Außenminister Wang Yi beim Treffen mit dem deutschen Außenminister gesagt habe, der Status Taiwans sei „siebenfach verriegelt“.

Dieser Behauptung widerspricht Taiwan nachdrücklich. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs ersetzte der rechtlich verbindliche Friedensvertrag von San Francisco politische Erklärungen wie die Kairoer Deklaration und die Potsdamer Proklamation.

Im Friedensvertrag von San Francisco wurde Taiwan nicht der Volksrepublik China übergeben, und die Volksrepublik China hat Taiwan auch niemals verwaltet. Daher ist Taiwan keinesfalls ein Teil der Volksrepublik China.

Darüber hinaus erwähnt die Resolution 2758 der UN-Generalversammlung von 1971 - in der lediglich die Frage der Vertretung Chinas bei den Vereinten Nationen angesprochen wird - Taiwan überhaupt nicht. Es wird weder erwähnt, dass Taiwan an die Volksrepublik China übertragen wird, noch dass die Volksrepublik China das Recht hat, Taiwan nach außen zu vertreten.